

**Deputation für Gesundheit**  
**(staatlich)**  
**Sitzungsprotokoll der 9. Sitzung**

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag <b>03.07.2012</b>	Sitzungsbeginn <b>16:00 Uhr</b>	Sitzungsende <b>16:40 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12</b>
----------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Protokoll der Sitzung vom 08.05.2012
- TOP 3 Berufung der Mitglieder für den Wissenschaftlichen Beirat des Bremer Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen nach der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Krebsregisters des Landes Bremen L-46-18/S-24-18
- TOP 4 Krankenhausinvestitionsprogramm 2012 gem. § 9 Absatz 2 i. V. m. § 34 Absatz 3 Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG) L-48-18/S-25-18
- TOP 5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz L-47-18
- TOP 6 Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Bremerhaven durch Übernahme der gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilungen des St.- Joseph-Hospitals durch das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide L-49-18/S-26-18
- TOP 7 Verschiedenes

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt die Deputierten, die Gäste sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer. Die Tagesordnung wird (bei Abwesenheit der Fraktion Die Linke) in der vorgelegten Fassung einstimmig beschlossen.

<b>TOP 2</b>	<b>Protokoll der Sitzung vom 08.05.2012</b>	
--------------	---	--

Das Protokoll der Sitzung vom 08.05.2012 wird (bei Abwesenheit der Fraktion Die Linke) einstimmig genehmigt.

<b>TOP 3</b>	<b>Berufung der Mitglieder für den Wissenschaftlichen Beirat des Bremer Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen nach der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Krebsregisters des Landes Bremen</b>	<b>L-46-18/S-24-18</b>
--------------	---	------------------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper führt in die Vorlage ein. Es findet keine weitere Aussprache zur Vorlage „Berufung der Mitglieder für den Wissenschaftlichen Beirat des Bremer Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen nach der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Krebsregisters des Landes Bremen“ statt.

**Beschluss:** Einstimmig (bei Abwesenheit der Fraktion Die Linke)

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt der Berufung der vorgeschlagenen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen zu.

<b>TOP 4</b>	<b>Krankenhausinvestitionsprogramm 2012 gem. § 9 Absatz 2 i. V. m. § 34 Absatz 3 Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)</b>	<b>L-48-18/S-25-18</b>
--------------	--	------------------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper sowie Herr Buscher führen in die Vorlage ein. Es folgt eine klärende Diskussion über das „Krankenhausinvestitionsprogramm 2012 gem. § 9 Absatz 2 i. V. m. § 34 Absatz 3 Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)“. Von der Koalition wie auch von der Opposition wird thematisiert, dass die Höhe der Investitionsförderungen sehr gering sei und eine Erhöhung im Zuge der nächsten Haushaltsverhandlungen erwogen werden solle.

### **Beschluss:**

**1. Dafür:** SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: CDU und Die Linke

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt der vorgesehenen Mittelverwendung und dem Investitionsprogramm 2012 zu.

**2. Einstimmig**

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt zu, dass Mittel, die auf Grund von Verzögerungen des Mittelabflusses im laufenden Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden, für die Förderung nach §§ 10, 11 BremKrhG (Pauschale Förderung) verwendet werden.

**3. Einstimmig**

Die staatliche Deputation für Gesundheit bittet die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit nach Vorliegen der Bundesvorgaben zu den Bewertungsrelationen und Maßstäben um einen Bericht zur Umstellung auf Investitionspauschalen in Bremen.

**4. Dafür:** SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Dagegen: CDU und Die Linke

Die staatliche Deputation für Gesundheit ermächtigt die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, im Wege des Verwaltungshandelns die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Investitionsprogramms 2012 zu schaffen.

<b>TOP 5</b>	<b>Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz</b>	<b>L-47-18</b>
--------------	---	----------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper führt in die Vorlage ein und weist auf die redaktionellen Änderungen hin.

**Beschluss:** Einstimmig

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz und dem Erlass der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit zur Einrichtung eines Landeskompetenzzentrums zu.

<b>TOP 6</b>	<b>Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Bremerhaven durch Übernahme der gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilungen des St.-Joseph-Hospitals durch das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide</b>	<b>L-49-18/S-26-18</b>
--------------	---	------------------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper führt in die Vorlage zur „Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Bremerhaven durch Übernahme der gynäkologischen und geburtshilflichen Abteilungen des St.-Joseph-Hospitals durch das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide“ ein.

Die Deputierten Frau Böschen und Frau Hoch würdigen die Vorlage. Herr Ravens schließt sich den Ausführungen inhaltlich an, stellt aber fest, dass er die Finanzierung gleichwohl nicht unterstützen kann.

**Beschluss:** Dafür: SPD; Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke  
Dagegen: CDU

Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt der vorgesehenen Mittelzuwendung zu.

Die staatliche Deputation für Gesundheit ermächtigt die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, im Wege der Verwaltungshandeln die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Landeszuwendung in Höhe von 783.750 € an das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide zu schaffen.

<b>TOP 7</b>	<b>Verschiedenes</b>	
--------------	----------------------	--

Im Zuge der Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes mussten von den Kliniken noch einige Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher benannt werden; dies geschieht durch eine Tischvorlage. Diese Vorlage zur „Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes“ wird mit nachfolgendem Beschluss einstimmig beschlossen.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit schlägt der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit die Berufung der in der Vorlage aufgeführten Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher der Krankenhäuser im Lande Bremen für die Dauer von vier Jahren vor.

\_\_\_\_\_  
Senatorin

\_\_\_\_\_  
Sprecher

\_\_\_\_\_  
Protokollantin